

NARGES MOHAMMADI

Hintergrundinformation zur Urgent Action

Im Iran brachen am 15. November 2019 in mehr als 100 Städten Proteste aus, nachdem die Regierung unerwartet eine Erhöhung der Benzinpreise angekündigt hatte. Bei der Niederschlagung setzten die Sicherheitskräfte rechtswidrige Gewalt ein. Glaubwürdigen Berichten zufolge wurden mindestens 304 Personen getötet, darunter auch Kinder. Die Mehrheit der von Amnesty International registrierten Todesfälle ist auf Schüsse in den Kopf, das Herz, den Hals oder andere lebenswichtige Organe zurückzuführen. Dies legt nahe, dass in Tötungsabsicht geschossen wurde. Die Behörden ließen Tausende Protestierende festnehmen; zahlreiche Menschen fielen dem Verschwindenlassen zum Opfer, verschwanden in Einzelhaft, wurden gefoltert und misshandelt. Die Behörden gingen auch gegen Angehörige von Getöteten vor: Diese wurden bedroht oder willkürlich festgenommen, entweder als Strafe dafür, dass sie mit den Medien oder Menschenrechtsorganisationen gesprochen hatten, oder um sie daran zu hindern, dies zu tun.



Am 40. Tag nach den Tötungen durch die Sicherheitskräfte waren Gedenkfeiern für die Opfer der November-Proteste geplant. Gemeinsam mit anderen Häftlingen im Frauentrakt des Evin-Gefängnisses – unter ihnen Atena Daemi, Mojgan Keshavarz, Monireh Arabshahi, Saba Kordafshari, Samaneh Norouz Moradi, Soheila Hijab und Yasaman Aryani – kündigte Narges Mohammadi am 21. Dezember 2019 an, dass sie an diesem Tag einen Sitzstreik beginnen würden, um ihre Solidarität zu zeigen. Am 26. Dezember 2019 wurde ein Offener Brief von Narges Mohammadi bekannt, in dem sie ihre Misshandlungen während ihrer Verlegung in das Gefängnis von Zanjan schildert. Am 27. Dezember 2019 berichtete eine staatliche Medienagentur, dass die PR-Abteilung des Evin-Gefängnisses die Anschuldigungen in einer Erklärung zurückgewiesen habe.

Im Juli 2019 wurde Gholamreza Ziaei zum neuen Leiter des Evin-Gefängnisses ernannt. Seitdem berichten die dort festgehaltenen gewaltlosen politischen Gefangenen von verschlechterten Haftbedingungen. Die Gefängnisbehörden erlaubten jetzt nur noch alle zweieinhalb Monate persönliche Besuche, zuvor waren Besuche einmal im Monat gestattet. Die zusätzlichen Besuchstage für Frauen mit Kindern seien gestrichen worden. Von den Angehörigen mitgebrachtes Lesematerial wurde den Häftlingen nicht ausgehändigt, und medizinische Versorgungsleistungen blieben denjenigen vorbehalten, die dafür bezahlen konnten.

Narges Mohammadi ist seit ihrer Festnahme im Mai 2015 inhaftiert. Sie war 2011 wegen ihrer friedlichen Menschenrechtsarbeit im *Zentrum für Menschenrechtsverteidiger_innen* zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt worden. In einem separaten unfairen Gerichtsverfahren vor der Abteilung 15 des Revolutionsgerichts in Teheran im April 2016 wurde Narges Mohammadi zu insgesamt 16 Jahren Gefängnis verurteilt, die sich aus zehn Jahren für die „Gründung einer verbotenen Gruppierung“, fünf Jahren für „konspirierende Zusammenkünfte zur Planung von Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ und einem Jahr für „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ zusammensetzen. Nach den iranischen Leitlinien für Strafurteile muss sie zehn Jahre der Strafe verbüßen. Ihre Verurteilung erfolgte ausschließlich wegen ihrer Menschenrechtsarbeit, einschließlich ihrer Beteiligung an der Kampagne *Step by Step Abolition of the Death Penalty* (Legam). Als „Beweise“ gegen sie verwendete das Gericht Interviews, die sie internationalen Medien zum Thema Menschenrechtsverletzungen gegeben hatte, ihre Teilnahme an friedlichen Versammlungen vor Gefängnissen, um die Angehörigen von Gefangenen im Todestrakt zu unterstützen, oder an Protesten gegen Säureangriffe auf Frauen. Angeführt wurden auch ihre Kontakte zu anderen Menschenrechtsverteidiger_innen – beispielsweise zur Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi – oder ihr Treffen mit der damaligen Hohen Vertreterin der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, am 8. März 2014, dem internationalen Frauentag.

Im Juli 2016 trat Narges Mohammadi aus Protest gegen die Weigerung der Behörden, sie mit ihren Kindern sprechen zu lassen, in einen Hungerstreik. Nach zwanzig Tagen beendete sie den Streik, da ihr ein 30-minütiges Telefonat mit ihren Kindern gestattet wurde. Der zuständige Staatsanwalt hatte sich schriftlich verpflichtet, ihr pro Woche ein Telefongespräch mit ihren Kindern zu erlauben. Der Gesundheitszustand von Narges Mohammadi erfordert eine permanente fachärztliche Kontrolle, die im Gefängnis nicht gewährleistet ist. Zur Vorbeugung einer Lungenembolie muss sie blutverdünnende Medikamente einnehmen. Außerdem berichtete ihr Ehemann, dass sie zeitweise an Anfällen und Lähmungserscheinungen leidet.